

# Die Musikschule in die Propstei?

## Zu einem ungenügend bedachten Vorschlag

Die Musikschule in die Propstei St. Getreu umzusiedeln, ist auf den ersten Blick eine bestechende Lösung. Der zweite Blick bringt zwei grobe Mängel zu Tage:

1. Die periphere Lage der Propstei vergrößert das Verkehrsaufkommen im gesamten Stadtgebiet.
2. Die Musikschule auf St. Getreu bringt ein gerüttelt Maß an zusätzlichem Verkehr ins Berggebiet.

Diese Mängel sind in Vorstellung und Diskussion im Kultursenat gänzlich unberücksichtigt geblieben. Daher ist das herbeigeführte Votum auf Sand gebaut.

Der Herr Kämmerer will das Konjunkturpaket für die Propstei nutzen; das liegt auf der Hand und ist selbstverständlich zu begrüßen. Der Herr Kämmerer ließ aber in seiner Empfehlung den Aspekt Verkehrsbelastung völlig außer Acht. Das war eine Falle für die Stadträte; nun haben sie die Schwierigkeit, aus dieser Falle heraus zu kommen. Das ist eine miese Vorgehensweise des Herrn Kämmerers. Der Stadtrat hat allen Grund, diesen Umgangsstil zu rügen.

A

Die individuellen Zugangswege zu einem Gebäude sind – im Schnitt – umso kürzer, je zentraler das Gebäude liegt. Die individuellen Zugangswege sind – im Schnitt – umso länger, je weiter das Gebäude am Rand liegt.

Die Gangolfsschule liegt nahe am Zentrum; die Propstei liegt nahe am Rand der Stadt.

Die Verlegung der Musikschule verlängert die individuellen Zugangswege – im Schnitt – deutlich.

B

Die Verlegung der Musikschule in die Propstei wird die Benutzung von privaten Motorfahrzeugen bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrern deutlich ansteigen lassen.

Denn:

1. Die Busanbindung der St. Getreu-Straße ist deutlich ungünstiger als die der Luitpoldstraße (und kann nur deutlich ungünstiger bleiben). Kleinere Busfrequenz, weniger Linien, zusätzliches zeitraubendes Umsteigen, lange Fahrtzeit der 910 und deutlich längere Gesamtfahrzeiten sind objektive Faktoren, die die subjektive Bereitschaft zur Busnutzung verkleinern.
2. Für viele Musikschüler und Musiklehrer macht die Propstei die individuellen Zugangswege länger. Für viele wird daher der Zeitgewinn durch Umsteigen von Fuß, Rad oder Bus auf den eigenen Pkw deutlich größer sein als bisher.
3. Für viele Musikschüler und Musiklehrer macht die Propstei die individuellen Zugangswege anstrengender. Nicht jeder, der mit dem Rad zur Gangolfsschule fährt oder zu Fuß dorthin läuft, ist bereit, das Gleiche mit dem Michelsberg zu machen.

Auf alle drei Tatbestände werden viele Eltern in gleicher Weise antworten: mit dem Umstieg auf das „Elterntaxi“. Und viele Lehrer werden zum eigenen Pkw greifen.

Da die Nutzerdichte im Umfeld der Gangolfsschule deutlich größer ist als sie im Umfeld der Propstei jemals werden kann, wird der Modalsplit der Musikschule – in der Bilanz – hin zum MIV verschoben.

C

Die Randlage eines Gebäudes verlängert nicht nur – im Schnitt – die individuellen Zugangswege; sie verlängert auch die Summe der Zugangswege insgesamt. Das heißt: Die periphere Lage der Propstei vergrößert die insgesamt zurückzulegenden Wege, also das Verkehrsaufkommen, also – in der Bilanz – Verkehrsaufwand (Spritverbrauch, Straßenbelegung, ...), Verkehrsoutput (Schadstoffe, Lärm, ...) und Verkehrsschäden (Herz- & Kreislauf, Bronchien & Lunge, ...). Zuerst und auffälligerweise im Berggebiet, dann aber und unauffälligerweise im gesamten Stadtgebiet.

Das Berggebiet kann keine weitere Vergrößerung der Verkehrsbelastung verkraften. Das hat auch der Stadtrat mehrfach zu Protokoll gegeben. Er hat auch mehrfach zugesichert, die mittlerweile erreichte Verkehrsbelastung zurück führen zu wollen. Das jüngste Versprechen in diesem Sinn gab es vor kaum einem Jahr: Die Überlastung durch den motorisierten Verkehr verlange Minderung des motorisierten Verkehrs im Berggebiet; die Verkehrsverträglichkeit solle ein wesentliches Entscheidungskriterium für Betriebsansiedlungen sein. Diese Orientierungen wurden, nach einer heißen Auseinandersetzung, zur Basis der Bamberger Verkehrspolitik für das Berggebiet erklärt. Für das bürgerschaftliche Verfahren „Mobilität im Berggebiet“ waren sie damals der Angelpunkt seiner Schlusskonvention, und für die Bürgerproteste gegen diese Konvention (z. B. am Maxplatz) waren sie der Kernpunkt der weitergehenden Forderungen.

Stadtrat und Bürger sind sich in dieser Sache offensichtlich einig. Sie geben für die Entscheidung über die Nutzung der Immobilie eine klare gemeinsame Antwort:

Konjunkturpaket in die Propstei – ja.

Musikschule in die Propstei – nein.

Die Musikschule in der Propstei brächte zusätzlichen motorisierten Verkehr, im Berggebiet und in der Stadt insgesamt. Das ist nicht akzeptabel.

Die Musikschule in der Propstei schadete Menschen und Umwelt im Berggebiet und in der Stadt insgesamt. Das darf nicht sein.

Selbstverständlich wünschen wir der Musikschule förderliche Räumlichkeiten. Ob sie nur durch ein Organisationsproblem in der Gangolfschule verstellt sind oder ob sie nur in einem anderen Haus gefunden werden können, bedarf einer Analyse von unabhängiger Seite.

Es geht aber nicht, dass für den Unterricht zweckmäßige Räumlichkeiten durch Kollateralschäden für Menschen, Gemeinde und Umwelt erkaufte werden.

Bamberg, 9. November 2011



Kreisverband Bamberg  
Stadt & Land